

## "Hoffnung auf deutsch-französische Übereinstimmung" in Badische Neueste Nachrichten (17. Januar 1950)

**Legende:** Am 17. Januar 1950 fasst die deutsche Tageszeitung Badische Neueste Nachrichten die Äußerungen von Bundeskanzler Konrad Adenauer anlässlich einer Pressekonferenz über die Gespräche mit dem französischen Außenminister Robert Schuman zusammen.

**Quelle:** Badische neueste Nachrichten. 17.01.1950. Karlsruhe.

**Urheberrecht:** (c) Badische Neueste Nachrichten Karlsruhe

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"hoffnung\\_auf\\_deutsch\\_franzoesische\\_ubereinstimmung"\\_in\\_badische\\_neueste\\_nachrichten\\_17\\_januar\\_1950-de-d25c6c56-349b-4f7e-b68b-88489c1c3497.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

## Hoffnung auf deutsch-französische Übereinstimmung

### Dr. Adenauer über Schuman-Besuch – Der klare deutsche Standpunkt in der Saarfrage

**Bonn, 16. Jan.** Der Bundeskanzler stellte am Montag vor der Presse in einem Bericht über seine Unterhaltungen mit dem französischen Außenminister als wichtigste Punkte fest:

1. Frankreich hat Deutschlands Wunsch nach einer Sicherheitsgarantie anerkannt.
2. Die Saarfrage ist noch nicht reif zur Regelung.
3. Deutschland muß entschiedenen Widerspruch einlegen, falls die saarländischen Verhandlungen in Paris die Tendenz zur Abtrennung des Saarlandes von Deutschland tragen sollten.
4. Die Saarkohlengruben sind Besitz der Bundesrepublik, über den nicht ohne diese entschieden werden kann.
5. Es wäre denkbar, das Ruhrstatut auf die Saar und die lothringischen Erze auszudehnen.

Dr. Adenauer begann seine Ausführungen mit der Erklärung, daß er mit einer gewissen Vorsicht sprechen müsse, um nicht vielleicht bevorstehende Entwicklungen zu stören, denn vieles sei im Fluß. Der Hauptzweck seiner Gespräche mit Schuman sei eine Aussprache gewesen. Diese sei unter vier Augen sehr herzlich und offen vor sich gegangen. In vielem hätten Schuman und er übereingestimmt, in anderen Punkten nicht. Aber die Hoffnung bestehe, daß die kommende Entwicklung zu einer Übereinstimmung führen werde.

Der Kanzler hob vor allem hervor, daß der französische Außenminister von sich aus die Frage der Sicherheit für Deutschland angeschnitten habe. Bis jetzt sei immer nur die Frage der Sicherheit Frankreichs vor Deutschland behandelt worden, welche jedoch angesichts der modernen Waffen und der europäischen Lage keine große Gedankenarbeit mehr erfordere. Ein sehr ernstes Problem für alle Deutschen aber sei Sicherheit in einer Lage, in welcher sie ohne Bewaffnung an exponierter Stelle inmitten eines Spannungsfeldes leben würden. Wenn er auch nicht glaube, daß kriegerische Konflikte unmittelbar bevorstünden, so habe er auch nicht das Empfinden, daß die Spannungen aufhören würden. Er kenne nicht die militärische Stärke der Russen, die Stärke ihrer Friedensliebe und die Stärke der Westalliierten. Aber die Deutschen würden doch etwas mehr als bisher haben, wenn sie sich der Idee der Westalliierten, der französischen Zusage hinsichtlich Deutschlands Sicherheit, anschließen. Schuman habe vor allem Verständnis dafür gezeigt, daß diejenigen, die Deutschland entwaffnet hätten, jetzt für seine Sicherheit einstehen müßten.

Unter größter Aufmerksamkeit stellte Dr. Adenauer sodann den deutschen Standpunkt in der Saarfrage fest, nachdem eine gewisse Störung durch die Initiative der Saarregierung entstanden sei. Die Saarfrage sei noch nicht reif zur Regelung und könne erst gelöst werden, wenn das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich noch normaler und der europäische Gedanke stärker geworden sei. Denn diese Regelung zwischen Frankreich, Deutschland und der Saar selbst werde im Rahmen der Europäischen Union möglich sein, während eine vorzeitige Lösung dem europäischen Gedanken Abbruch tun würde. Leider aber scheine, bemerkte Dr. Adenauer weiter, der saarländische Ministerpräsident Hoffmann jetzt vollendete Tatsachen in den Verträgen schaffen zu wollen, über welche Anfang Februar in Paris verhandelt werden solle. Es handle sich dabei um größere Autonomie und um die Verpachtung der Saargruben für 50 Jahre an Frankreich. Sofern größere Autonomie mehr Freiheit gegenüber der Militärregierung, deren Arm an der Saar noch sehr stark sei, bedeute, sei dieser Wunsch verständlich. Wenn sich aber unter diesem Begriff ein Verlangen nach Abtrennung der Saar von Deutschland verberge, so müsse dagegen ebenso entschiedenen Widerspruch erhoben werden, wie es im Falle der deutschen Ostgrenzen geschehe. Der Beschluß der Alliierten, daß Grenzveränderungen erst durch den

[...]

besitz nach 1918 Frankreich bis 1935 überlassen und dann für 900 Millionen Franken von der Reichsregierung zurückgekauft worden und Reichsbesitz geworden. Als solcher wurden sie 1945 unter Sequester gestellt. Nachdem im Grundgesetz die Bundesrepublik zum Eigentümer des ehemaligen Reichsbesitzes erklärt worden sei, sei sie auch Eigentümer der Saarkohlengruben. Es sei unmöglich, daß ohne Befragen des Eigentümers eine solche Verpachtung der Gruben erfolgt, welche praktisch eine Veräußerung bedeute und angesichts der beherrschenden Stellung der Kohle in der Saarländischen Wirtschaft das Saarland fast jeder Selbstbetätigung berauben werde.

Da die Westalliierten das Grundgesetz anerkannt hätten, könnten sie an dieser klaren Rechtslage nicht vorübergehen und müßten ihrer Anerkennung des Grundgesetzes auch gegenüber dem Wunsch der Saarregierung treu bleiben, und auch die anderen Alliierten könnten sich unter diesem Gesichtspunkt mit den saarländischen Vorschlägen beschäftigen.

Nunmehr müsse man, erklärte Dr. Adenauer, den Inhalt der Verhandlungen in Paris abwarten, da die saarländischen Vorschläge bis jetzt erst aus Presseberichten bekannt seien. Es sei allerdings möglich, daß diese Berichte zur Grundlage seiner Unterhaltung mit dem französischen Außenminister genommen worden seien. Die Nachricht, daß er erklärt habe, die Saarfrage sei nicht so bedeutsam, daß sie das deutsch-französische Verhältnis trüben könne, dementierte Dr. Adenauer. Er betonte aber, über allen Fragen müsse die Frage Westeuropas stehen, wenn auch gewisse Machthaber an der Saar anders denken würden. Der europäische Gedanke sei das wichtigste und solle nicht unter diesen Dingen leiden, wie auch nichts näher liege als die Idee, das Ruhrstatut auf die Saar und die lothringischen Erze auszudehnen.

Auch die Folgen der Liberalisierung des Handels in Europa seien besprochen worden, Schuman habe mit ihm darin übereingestimmt, daß in diesem kleinen Europa eine weitgehende Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen notwendig sei, wobei aber nicht nur Frankreich und Deutschland, sondern auch England, Italien und die Beneluxstaaten mit eingeschlossen werden müßten.

Eindringlich sprach zum Abschluß Dr. Adenauer seine Hoffnung aus, daß diese Stellungnahme keinen Rückschlag in der öffentlichen Meinung Frankreichs zur Folge haben werde. Wenn auf beiden Seiten der gute Wille zu Europa herrsche, werde das deutsch-französische Verhältnis durch diese Stellung zur Saarfrage nicht getrübt werden.